

Gemeinderat - Sitzungsnotizen

58 . Gemeinderatssitzung		Ort: Rathaus Solnhofen							
Datum	22.03.2018	Beginn	19:00	Uhr		Ende	21:45	Uhr	
Teilnehmer	1. BGM Schneider, 2. BGM Joachim Schröter, 3. BGM Thomas Herrscher, GR Ute Grimm, GR Birgit Güllich, GR Klaus Hölzl, GR Mike Hofmann, GR Alfred Mack, GR Armin Mack, GR Norbert Mittermeier, GR Sebastian Münch, OS Bernd Lotter								
Notizenführer	Herr Joachim Schröter								
Öffentlicher Teil									
TOP 1	Bauanträge								
Diskussion	<p>Dell Aglio David, Am Zimmerer Berg 12 Einfamilienhaus mit Carport innerhalb der Bebauungsgrenzen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Gemeinderat stimmt dem Bauvorhaben zu. ➤ Abstimmung: 11 zu 0 <p>Pfister Friedrich Güllebehälter mit 25 m Durchmesser und 6 Meter Höhe (davon 3 m sichtbar) mit 3.000 m³ Inhalt. Der 1. BGM erläutert, dass aus Sicht des LRA WUG keine städtebaulichen Gründe als Einwände genannt sind und das Vorhaben somit grundsätzlich genehmigungsfähig ist.</p> <p>2. Bgm Schröter gibt nochmals das erhöhte Verkehrsaufkommen und den Schwerlastverkehr zu bedenken. MdG Hölzl merkt an eine Einzäunung aus Sicherheitsgründen vorzuschreiben.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Beschluss: Der Gemeinderatsbeschluss v. 20.04.2017 zum BA 03/2017 bleibt bestehen. Ergänzend beschließt der Gemeinderat das gemeindliche Einvernehmen aufgrund des erhöhten Schwerlastverkehrs und aus Sicherheitsgründen wegen einer fehlenden Einzäunung nicht zu erteilen. ➤ Abstimmung 11 zu 0 								
TOP 2	Projekt „Übernachtungen am Radweg“								
Diskussion	<p>Vorsitzender informiert über das Gespräch im Landratsamt mit den Teilnehmern, ZIA Frau Platzek, Untere Naturschutzbehörde Herr Dadrich, Kreisbaumeister Herr Gläser, Bauamtsleiter Herr Stöhr, Frau Schönhofer, Herr Fritsche, 1.Bgm Schneider.</p> <p>Die Fläche liegt in einem Landschaftsschutzgebiet (NPA), diese müsste aus dem Gebiet herausgenommen werden, was einen erheblichen Verwaltungsaufwand (LRA, Kreistag, ONB) nach sich zieht und von der UNB Herr Dadrich nicht befürwortet wird. Es müsste der Flächennutzungsplan geändert werden. Es müsste eine Bauleitplanung erstellt werden. Es muss auch das WWA mit eingebunden werden.</p> <p>MdG Hofmann teilt mit, dass ein Wasseranschluss grundsätzlich möglich sei, allerdings muss die Frostsicherheit gewährleistet sein. Außerdem wäre damit auch ein Abwasseranschluss nötig.</p> <p>Der Gemeinderat nimmt die Erläuterungen zur Kenntnis.</p>								
TOP 3	Friedhof – Gebühren der Fa. Denk ab 01.03.2018								

Gemeinderat - Sitzungsnotizen

Resolution

Bauschutt und Bodenaushub: Kostenexplosion und Entsorgungsnotstand

Der vom Bundes- und Landesgesetzgeber geregelte Umgang mit Bauabfällen und Bodenaushub ist zu einem Baukostentreiber ersten Ranges geworden und ökologisch fragwürdig. Die Verwertung und der Wiedereinbau von Bauschutt und Bodenaushub werden immer schwieriger und teurer. Außerdem hat der bürokratische Aufwand ein Ausmaß erreicht, das für Kommunen, Häuslebauer und Bauwirtschaft nicht mehr akzeptabel ist.

So werden mittlerweile im Rahmen der erforderlichen Rekultivierung von Sand- und Kiesgruben etc. fast nur noch Verfüllungen mit vollständig „unbelastetem“ Material genehmigt. Immer mehr Bodenaushub muss kostenintensiv auf Deponien abgelagert werden. Auch der Einbau von ausgehobenen Böden bei technischen Bauwerken ist aus Gründen des Umweltrechts rückläufig. Der Deponierungsanteil mineralischer Bauabfälle nimmt ständig zu: Mussten 2010 in Bayern nur rund 3,7 Mio. Tonnen Bodenaushub und Bauschutt auf Deponien teuer beseitigt werden, sind es jetzt schon rund 6 Millionen Tonnen. Immer mehr nur geringfügig belasteter Boden wird nach Aushub nicht wieder eingebaut, sondern muss deponiert werden, bei einer gleichzeitig extrem angespannten Deponieraumsituation.

In bestimmten Regionen führt das hohe Aufkommen von naturbedingt humushaltigem oder arsenhaltigem Boden ferner dazu, dass die Grundstückswerte sinken. Denn Boden mit einem hohen Organik- oder Arsengehalt ist besonders schwer und kostenintensiv zu entsorgen. Diese Einschränkungen haben dazu geführt, dass es zu (vorläufigen) Aufhaldungen des Materials kommt. Für Kommunen, Planer, Bauherren und Bauunternehmer führt dieser Entsorgungsengpass dazu, dass Baustellen, bei denen organische Böden ausgehoben und entsorgt werden müssen, fast nicht mehr plan- und kalkulierbar sind.

Als Folge des Entsorgungsnotstandes erhöht sich der CO₂-Ausstoß durch immer weitere Entfernungen für Abfalltransportfahrten, quer durch Bayern.

Der Umgang und die Entsorgung von Boden sind darüber hinaus nicht nur im Tiefbau, sondern auch bei Neubau und Pflege von Gärten an Privathäusern oder mehrgeschossigen Mietwohnungen von praktischer Bedeutung. Dabei geht es in der Regel um relativ geringe Volumina. Die fast immer geforderten Untersuchungen für diese Kleinstmengen sind nicht praxisgerecht. Dies führt zu einem unverhältnismäßig hohen Kosten- und Zeitaufwand.

Auch wenn der derzeit geltende Regelungsrahmen schon seit mehreren Jahren Gültigkeit hat, ist doch durch den Erlaß von mehreren Leitfäden und LfU-Merkblättern, der Handlungsspielraum in der Praxis immer mehr eingeengt worden.

Gemeinderat - Sitzungsnotizen

	<p>Forderung an den Bundes- und Landesgesetzgeber: Die Bürgermeisterin und Bürgermeister des Landkreises Weißenburg - Gunzenhausen fordern ein politisches Bekenntnis der Bayerischen Staatsregierung zur Verwertung von Bauabfällen mit Marktbedingungen, die einen wirtschaftlichen Betrieb von Recyclinganlagen, Bodenreinigungsanlagen und Verfüllungen in Gruben, Brüchen und den Tagebau sowie den Wiedereinbau in technische Bauwerke erlauben.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Verfüllungsmöglichkeiten für Böden und Bauschutt müssen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Bayerischen Landtags vom 18.05.2015 und der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder vom 8./9. Juni 2016 aufrechterhalten werden. • Einheitliche Vollzugsregeln für Bayern müssen durchgesetzt werden. • Es sollten regionale Einzelfallregelungen ermöglicht und getroffen werden, die Verfüllungen bei Überschreitungen der Eluat- und Feststoffgrenzwerte ermöglichen, abhängig von den örtlichen geologischen und hydrologischen Bedingungen. • Es ist dringend erforderlich, praxismgerechte Kleinmengenregelungen und Bagatellgrenzen bei Abfallgemischen einzuführen sowie deren Untersuchungs- bzw. Beprobungspflichten zu vereinfachen. • Für die Entsorgung anmooriger Böden müssen dringend umweltgerechte und praktikable Lösungen gefunden werden. • Es sollten in Regionen mit besonders hohen geogen bedingten Bodenbelastungen im Rahmen von Pilotvorhaben Erfahrungen mit der Ausweisung von Bodenplanungsgebieten gesammelt werden. • Die Schadstoff-Grenzwerte müssen mit Blick auf das Niveau unserer europäischen Nachbarstaaten angepasst werden. • Der Gesetz- und Verordnungsgeber muss dazu angehalten werden, praxismgerecht den naturwissenschaftlichen Nachweis zu führen, ob spezifische Grenzwerte tatsächlich auch spezifische Schädlichkeits- und Belastungsgrenzen überschreiten. <p>Mit unserer Resolution schließen wir uns dem Positionspapier der bayerischen Bau-, Baustoff- sowie Garten- und Landschaftsbauverbände aus dem Jahr 2017 an, dessen Forderungen wir übernehmen und ausdrücklich unterstützen.</p> <p>Die Bürgermeisterin und Bürgermeister des Landkreises Weißenburg - Gunzenhausen haben diese Resolution bei der Sitzung am 13.03.2018 in Wachstein einstimmig beschlossen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Günter Ströbel Kreisverbandsvorsitzender</p> <p>Der Gemeinderat nimmt die Resolution wohlwollend zur Kenntnis.</p>
TOP 6	Bekanntgabe – Winterdienst – Umstellung von Salz auf Splitt
Diskussion	<p>Laut Aussage des Klärwärters würde es vermehrt Probleme in der Kläranlage und Schäden an den Kanälen bei einer Umstellung auf Splitt geben. 1. BGM Schneider schlägt vor, dieses Thema in der nächsten Gemeinderatsitzung zu behandeln.</p>
TOP 7	Bekanntgabe – Abschaffung Straßenausbaubeitragssatzung durch den Bayerischen Landtag
Diskussion	<p>Laut Aussage von Innenminister Hermann kommen auf die Bürger Solnhofen mit Stichtag 01.01.2018 bei Straßensanierungen keine Kosten mehr zu. Wie hoch die Zuschüsse an Kommunen seitens der Regierung für Straßenbaumaßnahmen sein werden, ist nach wie vor offen.</p> <p>2. BGM Schröter plädierte erneut dafür, die Sanierungsmaßnahmen sofort fortzusetzen, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren. Da es sicher ist, dass die Bürger nicht belastet werden, kann seiner Meinung nach die sogar noch die Planungsstufe 7 erreicht werden, bevor, der Gesetzentwurf der CSU-</p>

Gemeinderat - Sitzungsnotizen

	<p>Landtagfraktion eingereicht wird. Dieser Tag wird nach Meinung Schröters auch der Stichtag sein, zu dem die Bewertung einer begonnenen oder geplanten Maßnahme erfolgt. Hierzu werden die Zuschüsse dann unterschiedlich hoch ausfallen.</p> <p>> Der Gemeinderat folgte den Aussagen nicht.</p>
TOP 8	Bekanntgabe – Biotop am Altmühlsteg
Diskussion	<p>Biotop ist fertiggestellt. Diese Fläche wird als Ausgleichsfläche dem gemeindlichen Öko-Konto gutgeschrieben werden.</p>
TOP 9	Anfragen
Diskussion	<p>2. BGM Schröter</p> <p>Warum wird die seit längerer Zeit defekte WC-Anlage im Zwischengang der Grundschule nicht mehr hergestellt? Zudem war hier das Fenster in der Zeit mit sehr niedrigen Temperaturen offen gestanden. Kümmert sich keiner mehr darum? Ein offenes Fenster lädt ja auch zum Einbruch ein und ist energetisch im Winter ein Unding.</p> <p>> <i>Vorsitzender erläutert, dass die Fenster aufgrund des Geruches von den Reinigungskräften geöffnet wurden. Die Fenster sollen nicht mehr dauerhaft offenstehen. In die Abflüsse ist wiederholt Wasser nachzufüllen, um ein Austrocknen und somit eine erhöhte Geruchsbildung zu verhindern.</i></p> <p>> 2. BGM Schröter gibt bekannt, dass sich bereits Eltern äußerten, dass die WC Anlage im Keller nicht für die Anzahl der Schüler ausreicht. MdG Hölzl merkt an, dass die WC`s bei Nichtbenutzung kaputt gehen.</p> <p>> WCs sollen saniert werden. MdG Grimm regt eine Reduzierung der WCs bei Sanierung an.</p> <p>> Vorsitzender holt Angebote zu einer möglichen Komplettsanierung ein. Er gibt zu bedenken, dass bei einer Sanierung die Stunden der Reinigungskräfte erhöht werden müssen.</p> <p>2. BGM Schröter</p> <p>Der evangelische Religionsunterricht der 3. und der 4. Klasse findet in Pappenheim statt. Herr Pfarrer Bauer-Störch hat sich bereit erklärt, den Unterricht freiwillig in Solnhofen durchzuführen. Seitens der Schulleitung wurde diesem Angebot ein Riegel vorgeschoben, da Herr Bauer-Störch die Haftung für die Kinder übernehmen müsse.</p> <p>Das kann der 2. BGM nicht nachvollziehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> > Die Kinder sind im Schulgebäude. > Die Versicherung müsste nach meinem Verständnis einspringen, wenn einem Kind im Schulgebäude oder sogar auf dem Schulgelände etwas passieren würde. <p>Kann das bitte noch einmal nachgefragt werden?</p> <p>> <i>Schulleiter Jens Nienaber soll dieses Thema in der Verbandssitzung am 12.04.18 erläutern. 2. Bgm. Schröter merkt an, dass die Kinder durch die Fahrt nach Pappenheim ihre Pause verlieren.</i></p> <p>2. BGM Schröter</p> <p>Man konnte im Tagblatt lesen, dass in Pappenheim die WLAN-Hotspots ihre Arbeit aufgenommen haben.</p>

Gemeinderat - Sitzungsnotizen

	<p>Solnhofen hat schon weit vor Pappenheim die Planung für WLAN-Hotspots in Angriff genommen. Wann können auch wir surfen?</p> <p>> Vorsitzender erklärt, dass der beauftragte Elektriker (Fa. Dengler) die Arbeit am 10.4.2018 am Rathaus beginnen wird.</p>
--	--